

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0,30 für einwöchige, Goldmark 0,55 für einmonatliche, Goldmark 1,00 für eintrijährige, Goldmark 1,50 für einjährig fortgesetzte Anzeigen. — Die Preisgebote für Druckarbeiten sind zu belegen mit dem Namen des Bestellers und der Nummer der Zeile. — Die Druckarbeiten sind zu belegen mit dem Namen des Bestellers und der Nummer der Zeile.

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugsgesellschaft für die 1. Woche (29.12.1923/1.1.1924) 80 G.-Pfennig bei freier Zustellung v. Dzien.
Postbezug für Januar 6,50 Goldmark, für die Monatsbezüge monatlich 2 R. 15. Abrechnungsbilanz im Januar monatlich 1 Goldmark, nach dem Einzelnummer 20 G.-Pfennig
Ausgabe 1.25 Goldmark

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27 950, 27 951, 27 952 und 27 953. • Postfachkonto: Dresden Nr. 2060

Dienstag, 1. Januar 1924

XXXII. Jahrg.

Englischer Protest gegen französische Rüstungsgelder

Ein erster Schlag Englands gegen das mitteleuropäische Bündnisystem Frankreichs



Zur Jahreswende

Von Reichstagpräsident Dr. Marx

Wenn wir Deutsche an der Jahreswende Rückblick halten auf das verfloffene Jahr, so stellen wir zusammenfassend fest, daß das Jahr 1923 aus einem der hochzeitlichsten gewesen ist, von denen jeder Tag außerordentlich mit Spannung und Sorge. Am Anfang des Jahres steht die Befreiung des westlichen deutschen Wirtschaftsgebietes durch Währungsreform, deren Schuldner Deutschland ist. Schwere wirtschaftliche Schäden hat die Beschlagnahme des Ruhrgebietes für Deutschland im Gefolge gehabt. Schäden, deren Auswirkung auch in das neue Jahr 1924 übertrifft.

Die deutsche Regierung in ihrer Gesamtheit sucht die Wege zur Verknüpfung mit den Gläubigerstaaten an einem, sie ist gewillt, mit allen Kräften beizutragen zum Wiederaufbau der ganzen europäischen Welt, die noch schwer unter den Auswirkungen des Krieges Wüsterrings 1914-1918 zu leiden hat.

Nicht von der deutschen Regierung allein hängt es ab, ob die Schritte, die sie zu Ende des Jahres 1923 getan hat und zu Beginn des Jahres 1924 noch tun wird, Erfolg haben werden. Ich möchte wünschen, daß endlich Deutschland zur Ordnung komme, daß die Wunden verheilen, die Krieg und Nachkriegszeit ihm geschlagen, daß Deutschland sich einrichten kann in den friedlichen Wettbewerb aller Nationen, daß die Dämme des Hasses und des Mißtrauens niedergeworfen werden, die sich zwischen uns und andern trennen aufzuheben — mit einem Wort, daß das Jahr 1924 einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Nation bilde.

In dieser Hoffnung wollen wir über die Schwelle des neuen Jahres treten.

Englischer Schritt in den Balkanstaaten

Paris, 31. Dezember. (Via Drahtbericht.) Das Londoner Blatt „Evening Standard“ hat die Nachricht gebracht, daß Lord Curzon in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas habe Schritte unternommen lassen, um gegen die von Frankreich an Polen, Rumänien und Jugoslawien abgegebenen Kredite für Waffen und Munition zu protestieren. Der „Temp“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung mit der französischen über diesen Schritt nicht vorher in Verbindung getreten sei.

Französische Kritik

Paris, 31. Dezember. (Via Drahtbericht.) Aus London wird berichtet, daß die öffentliche Meinung Englands über die im Zusammenhang mit dem neuen französisch-schwedischen Bündnis ersuchte Vereinfachung französischer Rüstungsgelder für die Kleine Entente sehr erregt sei. Die englische Regierung hat bisher in Paris offiziell noch keine Schritte in der Angelegenheit unternommen, doch rechnen man damit, daß eventuell eine offizielle Note an das Pariser Kabinett erfolgt, sobald die diplomatischen Vertreter Englands bei der Kleinen Entente Verhandlungen eingeleitet haben. Die englische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß ihre Schuldverpflichtungen an die Staaten der Kleinen Entente insoweit unberührt bleiben müssen, als die Kleinen Entente in Gefahr gebracht werden können.

Der voraussichtliche Einspruch Englands wird in den diplomatischen Kreisen und in der Presse ausführlich besprochen. Man hat England fast im Verdacht, auf indirektem Wege eine Erweiterung der internationalen Schuldentage herbeizuführen und Frankreich politisch wieder fast ins Hintertreffen bringen zu wollen. Andererseits will man in dem bevorstehenden Beschluß über den deutschen Antrag auf Priorität für die amerikanische Lebensmittelaufhebung Angelegenheiten von Frankreich zu erzwingen.

Wichtige Rede des Reichsbankpräsidenten

Berlin, 31. Dezember. (Via Drahtbericht.) Der Reichsbankpräsident Dr. Gismar Schacht führt in diesen Tagen nach Amsterdam und London, um mit den dortigen Notenbanken Rücksprache zu nehmen. Argwohn, welche politische Zwecke die Reise Dr. Schachts nicht haben. Daquon hält es der Reichsbank für zweckmäßig, die mahenden Schritte des Auslandes durch den neuen Reichsbankpräsidenten, der als Währungsreformkommissar die kompetente Persönlichkeit ist, über die bisherige deutsche Währungsreform zu unterrichten. Eine gewisse Rolle dürfte hierbei auch die Notwendigkeit spielen, dem Ausland begründlich zu machen, daß die Notennote nur ein innerdeutsches Zahlungsmittel bleiben kann. Für die Vermutung, daß sich Dr. Schacht mit dem internationalen Schuldverhältnis in Verbindung setzen werde, hat keine Bedeutung.

Neuer Aufmarsch der Völker Europas

Außenpolitische Perspektiven des Jahres 1924

Die Staatsmänner Europas sind dabei, ihre Länder politisch neu zu gruppieren. Es ist ein neuer Aufmarsch der europäischen Völker im Gange. Bereits das neue Jahr dürfte der Welt seine großen strategischen Ziele klar zeigen. Das alte brachte wenigstens schon die vorbereitenden Maßnahmen und die ersten künftigen Orientierungen. Die letzten Tage haben den Abschluß eines formellen französisch-französischen Bündnisses gebracht, dessen Grund auf der letzten Pariser Note des französischen Kabinetts im Oktober 1923 liegt, obwohl Majorat damals in London — was ihm in England sehr verärgert wird — von einem solchen bevorstehenden Bündnis nichts wissen wollte.

Der Text dieses Bündnisses soll erst demnächst veröffentlicht werden. Ueber die wichtigsten Punkte seines Inhaltes werden an dieser Stelle vor einigen Tagen berichtet. Beide Staaten betonen natürlich, daß es sich um ein Verteidigungsbündnis handelt. Das ist selbstverständlich. Es gibt nur Verteidigungsbündnisse. Welcher Staat würde es auch wagen, offen vor aller Welt ein Angriffsbündnis zu schließen? Im richtigen Augenblick gelangt es der diplomatischen Dialektik moderner Diplomaten schon, auch aus dem unbedeutendsten, brutalsten Angriff die Verteidigung höherwertiger Rechte zu machen. Ein Unentschieden zwischen einem politischen Offensiv- und einem politischen Defensivbündnis besteht nur für unverständliche Ideologen und gewisse deutsche Reklamaführer, die darüber in Betracht kommen.

Wichtiges gilt von dem Fehlen einer Militärkonvention in dem Bündnis, wodurch nach Ansicht gewisser Kreise keine Gewährleistung abgedeckt wird. Wahrscheinlich, daß Frankreich noch um einen sehr zuverlässigen Informationsstand bei den Verhandlungen gegenwärtig auf eine solche Militärkonvention gedrängt hat, daß die Verhandlungen über diesen Punkt ferner überhaupt noch nicht abgeschlossen sind und daß es sehr wahrscheinlich, noch um einen Informationsstand, bei der bevorstehenden neuen Pariser Note des Dr. Benesch doch noch zu einem Kompromiß zwischen dem französischen Generalstab und den schwedischen Staatsmännern, die gegen eine solche Konvention sind, kommen wird, abgesehen also davon, daß dieser Punkt zur Zeit noch gar nicht berührt ist, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die schwedische Armee von einem französischen General organisiert wurde und kommandiert wird. Und noch wichtiger ist es, daß das jetzt abgeschlossene politisch-militärische Bündnis nur die Folge der wirtschaftlichen Annexion der schwedischen Eisenindustrie durch die französische Metallindustrie ist. Die berühmten Skoda-Werke befinden sich in den Händen von Schneider u. Cresson, und Frankreich schafft sich damit im Herzen Europas eine gewollte Abhängigkeit. Der militärische Wert einer solchen wirtschaftlichen Kombination ist auch ohne eine formelle Militärkonvention gesichert.

Dem französisch-polnischen Bündnis und der französisch-jugoslawischen Entente folgt so das französisch-schwedische Bündnis. Ein weiterer Ausbau dieses Bündnisses nach größeren Gesichtspunkten ist im Gange. Am 9. Januar findet in Belgrad die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente statt, und nach Prager Besuchen soll auf dieser Konferenz vor allem die Frage der Herstellung eines mitteleuropäischen Blocks besprochen werden. In diesen Block sollen neben Frankreich die Staaten der Kleinen Entente, Polen und auch Belgien eintreten. Auch Griechenland soll unter Umständen einbezogen werden.

Das Ziel des französisch-Imperialismus, seine Hegemonie auf dem Festland durch ein fest abgegrenztes Bündnisystem für ein Jahrhundert zu konsolidieren, tritt immer klarer hervor. Noch gilt es, viele Differenzpunkte zwischen den einzelnen mitteleuropäischen Balkanstaaten zu bereinigen. Mit es vor allem, die Kluft zwischen Prag und Warschau zu überbrücken. Die Mittel- und Wege dazu sollen in Belgrad beraten werden. Es ist zweifelhaft, ob das gelingen wird. Der Gegensatz zwischen Polen und Litauen ist in den letzten Monaten nicht geringer geworden, und die polnische Presse kritisiert den Abschluß des schwedisch-französischen Bündnisses, von dem sie völlig abtrübselt wurde, mit der größten Schärfe. Wähler war Polen der große und beste Freund Frankreichs im Osten. Jetzt fühlt man sich in Warschau betrogen und undankbar behandelt, und diejenigen Tendenzen, die auf einen Wechsel des außenpolitischen Kurdes nach England hin arbeiten, gewinnen Oberwasser.

Vor allem aber hat es in Warschau verschärft, daß man in Prag mit großer Bestimmtheit die Anerkennung Somjerlands durch den französisch-mitteleuropäischen Bündnisblock in den Vordergrund führt. Polen steht nicht mit Unrecht in einer solchen Anerkennung Russlands, das sich in einer Ein-

beziehung des großen russischen Machtblocks in das werdende neue europäische Konglomerat, eine Gefahr für seinen Bestand als selbständiger Staat. Für Polen ist Russland seit vielen Jahrhunderten ebenso der Feind wie Deutschland.

In Prag dagegen, wo der an großen schöpferischen und weitsehenden Ideen zweifellos überaus reiche Dr. Benesch die außenpolitischen Geschäfte leitet, blickt man über den praktischen Tageswert des jetzigen französisch-schwedischen Bündnisses hinaus. Man sieht in ihm das Mittel, das zerrissene Band zwischen dem europäischen Westen und dem europäischen Osten wieder zu knüpfen, die Verbindung zwischen Paris und Moskau aber Prag erneut herzustellen und die große slavische Welt des Ostens über die Prager Brücke hinweg mit der lateinischen Welt des Westens zu verbinden.

Das ist das letzte Ziel der Kaiserin und Benesch. Darin sehen beide die große weltgeschichtliche Aufgabe des tschechischen Volkes. Man muß annehmen, daß man sich in Prag auf Politik großen Stils versteht. Aber eine solche Politik großen Stils muß natürlich auch Gegner auf dem Boden und nicht zuletzt der englische Weltmarkt. Lord Curzon hat in den Hauptstädten Mitteleuropas und des Balkans Schritte unternommen lassen, um gegen die von Frankreich an Polen, Rumänien und Jugoslawien abgegebenen Kredite für Waffen und Munition zu protestieren. In der bekannten englischen Zeitschrift „Fortnightly Review“ findet sich ein grundlegendes Aufsatz, der neue Richtlinien für die künftige europäische Politik Englands niederzulegen versucht. Auch er geht von der Tatsache aus, daß ein großer neuer Aufmarsch der Völker Europas im Gange ist und daß England die dadurch geschaffene neue Lage bald erkennen und die daraus notwendigen Schritte ableiten muß. Die alte „Entente cordiale“ von 1904 ist tot. England muß sich sein, das alte tschechische europäische Gleichgewicht wiederherstellen. Durch einen Krieg mit Frankreich ist dies zur Zeit unmöglich. Dazu ist Frankreich zu stark. Infolgedessen muß man vorläufig mit Paris zu irgendwelchem Abkommen gelangen. Gerade über diese Notwendigkeit sollte man sich in Deutschland sehr klar sein. Man wird dann schwere außenpolitische Fehler vermeiden.

Darüber hinaus aber muß darüber gefordert werden, daß die französischen Rüstungen nicht in den Himmel wachsen. So führt der Artikel den großen Bündnisvertrag Frankreichs ein ebenso großzügiges englisches entgegenzustellen. Die Zeitschrift schlägt eine Verständigung mit Belgien und den Staaten der Kleinen Entente vor. Am Belgen wird ein besonders scharfer Kampf entbrennen. Hier wird England nicht weichen und letzten Endes wohl auch siegen. Es ist ihm gelang, das französische Bündnisystem in Mitteleuropa zu schwächen und zu erschüttern, nicht noch dazu.

Aber der Artikel geht noch weiter. Er zeichnet in großen Umrissen eine Entente, deren Verhandlungen in London über Berlin, Warschau nach Moskau gehen. Hierzu wäre allerdings eine völlige Wende der traditionellen polnischen Politik notwendig. Polen möchte darauf verzichten, in Deutschland wie Russland seinen Totbengel zu sehen. Aber noch bedenklicher — und das ist die schwächste Stelle des englischen Bündnisplanes — sind die großen astatischen Gegebenheiten zwischen Moskau und London, die eben erst in diesen Tagen durch den asienpolitischen Konflikt scharf beleuchtet wurde. Zwar ist anzunehmen, daß die neue englische Außenregierung versuchen wird, mit Russland in ein engeres Einvernehmen zu kommen; aber auf die Dauer lassen sich die durch die unüberbrückbaren geographischen Tatsachen geschaffenen ewigen Gegensätze in Asien nicht überbrücken. Und deswegen sind, durch die Perspektive längerer Zeiträume gesehen, die Aussichten Frankreichs in Moskau zweifellos günstiger als die Englands.

Neben dieser Hauptkonstruktion eines englischen Bündnisplans stellt die „Fortnightly Review“ eine Hilfskonstruktion im Mittelmeer auf, die durch die Einwirkung Englands an die italienisch-französischen Entente, durch Vereinfachung der italienischen Interessen gegen die griechischen und durch Reorganisation der Türkei, was natürlich Griechenland nach Belgrad, das beinahe nach Prag und Paris, zu abdrängen muß. Das sind im großen und ganzen die Umrisslinien des neuen strategischen Aufmarsches der Völker Europas. Welche Rolle Deutschland in ihnen spielen kann, wird von dem Verlauf und der Entwicklung des deutschen Außenpolitischen Kurdes, das heißt im Augenblick von Dr. Stresemann, abhängen.

Theodor Schulz

Deutsch-französische Verständigung?

Wer wünschte nicht eine baldige Verständigung des französischen und des deutschen Volkes? Wer würde nicht, daß erst auf der Grundlage einer solchen Verständigung eine wahrhafte und dauernde Befriedung Europas möglich wäre? Alle wissen es und alle wünschen es in Deutschland — aber gerade deswegen müssen wir Deutschen uns hüten, einen solchen theoretischen Wunsch bereits als praktische Möglichkeit oder gar als unmittelbar bevorstehende Tatsache anzusehen. Wollen uns von dem neuen Glauben freimachen, als ob nur einige ehrgeizige, sößwellige Staatsmänner einer solchen Verständigung der beiden Völker entgegenstünden, als ob nur dieser Wille, Verständigung und Einigkeit die beiden Völker getrennt hielte.

Diesen Glauben sind viele sonst kluge Männer in beiden Ländern zum Opfer gefallen. General Benesch mit seinem Plane einer engen französisch-deutschen Union, den wir in der Weisheitsausgabe unseres Blattes veröffentlichten, gehört beispielsweise zu ihnen. Die Geschichte der Völker werden nicht in erster Linie von den rationalen Kräften der Erkenntnis, des Willens und der Einsicht gehalten, sondern von den irrationalen der überkommenen Traditionen, der vereerbten Instinkte und Veranlagungen, der im Laufe der Jahrhunderte erworbenen gewöhnlichen unbewussten oder halbunbewussten Empathien und Antipathien. Deswegen lassen sich die Völker auch niemals in eine Herde mit einem Hirten hineinreden oder hineinphilosophieren. Eine Herde und ein Hirte — diese Tatsache trat bisher in der Geschichte nur in der Form oder Gestalt eines Eroberers über unterjochte Völker auf. Göttern und Perse wurden durch das Reich Alexander des Großen, Göttern und Römer durch das Imperium Romanum vereinigt, die tausendfältig verstreuten Völker des Ostens aber durch den Reiter von Kien, Schingid-Khan.

Wer von der Möglichkeit einer baldigen Verständigung des deutschen oder französischen Volkes redet und sie zu „beweisen“ versucht, vergeßt er nicht, daß derartige Dinge nicht bewiesen werden können und daß die reale Wirklichkeit stets über die theoretischen Schreibeisysteme hinweggeht, verknüpft sich aber auch am ehesten die Dinge allmählich, indem er — den mechanisierenden Tendenzen des letzten Jahrhunderts folgend — in den Völkern nur Summen von Einzelindividuen oder Instanzgruppen auf wirtschaftlicher Grundlage sieht. Das war der große Fehler aller sozialdemokratischen Innenpolitik, ein Fehler, der angesichts der weltgeschichtlichen Grundlagen des Marxismus unvermeidlich war. Zwei Völker sind aber mehr als zwei Summen, die man zusammenaddiert und die dann wieder eine neue Summe ergeben. So einfach seien die Denkexempel in der Weltgeschichte nicht auf. Und es müßte gar nicht sein, wenn man sich durch allerlei Kunststücke die gewünschte Lösung an erdwindeln sucht. Man täuscht damit nicht nur sich selbst, sondern — und das ist gefährlich — auch die andern.

Zu den beliebtesten Kunststücken dieser Art gehört das Gerede von „wahren“ französischen Völkern. Dieses „wahre“ französische Volk existiert weder im Weltleben, wie und wann er es haben will. Der eine greift Louis Dandré, Charles Maurras und die übrigen Geister der „Action Française“ heraus und ruft triumphierend: Das ist das wahre Frankreich! Darauf entwickelt er auf Grund dieser „Entdeckung“ seine Ansichten über die künftige Politik des deutschen und des französischen Volkes.

Der andre wieder macht es umgekehrt. Er sieht wie dies der Dresdner Polizeikommandant Hermann Schäpinger in der letzten Ausgabe der „Sozialistischen Monatshefte“ tut, zu den Parbusse, Foune, Vidrae, Collin und Marc Smanier und hatuteri freudensprechend und mit der Glorie der „Claris“ als das „wahre, geliebte“ Frankreich. Gleich als wäre ein großer Strom sozialistischer Verständigung herübergebrochen.

Erkennt man aus diesen beiden Beispielen die Tragfähigkeit solcher künstlicher Vereinfachungen? Erkennt man die Gefahren, die einem Volke drohen, wenn auf ihrer Grundlage von seinen Politikern Entscheidungen gefaßt und Richtlinien für das politische Handeln festgelegt werden?

Hermann Schäpinger schreibt in keinem solchen erwähnten Aufsatz u. a.: „Um über die wahre Volkstimmung in Frankreich informiert zu sein, muß man vor allem die große Provinzialpresse, den „Progrès de Lyon“, den „Petit Parisien“, die „Deutsche de Toulouse“, von Pariser Blättern die „Globe Nouvelle“, die „Jeune République“, den „Progrès Civique“ und andre lesen. Der „Progrès Civique“ u. d. mit einer Auflage von 150 000, hat im Frühjahr einige ganz ausgezeichnete Artikel von Galliaux und Charles Ode über die Undurchführbarkeit des Verfallers Vertrags gebracht.“

Die Aufsätze von Galliaux und Charles Ode in allen Ehren — aber welchen Einfluß haben die Ansichten eines disskreditierten Politikers und eines theoretischen Nationalökonomens über die Politik Frankreichs erachtet? Und warum er nicht in einem